

Liebe Menschen, die im Landkreis Göttingen leben!

Die Kommunalwahlen am 13. September 2026 stehen kurz bevor und wir kandidieren für Sitze in den örtlichen Gremien, um den Landkreis Göttingen fortschrittlicher, inklusiver und nachhaltiger zu gestalten - wir wollen, dass hier im wunderschönen Südniedersachsen zu wohnen, zu leben und zu arbeiten Zukunft hat. Wir setzen auf aktiven Umwelt- und Naturschutz, niedrigschwellige Unterstützung in allen Lebenslagen und innovative Technologien und Konzepte für Wohnen und Wirtschaft. Aber vor allem wollen wir, dass die Politik Wort hält. Soziale Hilfen und Bildung müssen verfügbar sein, Wohnraum bezahlbar, es darf kein Kampf der Bürger*innen gegen die Behörden und die Verwaltung sein. Wir sind eure Politik. Eure Verwaltung. Der Radentscheid muss umgesetzt werden. Ein Soziales Zentrum in der Innenstadt muss kommen. Wir müssen die wichtigen Organisationen aus der Bevölkerung erhalten - von Sportvereinen über Kultureinrichtungen bis zum Haus der Kulturen und dem Queeren Zentrum. Gerade jetzt, da die antidemokratischen Kräfte in der Gesellschaft anwachsen, wollen wir dafür sorgen, dass die Bürger*innen wieder mehr statt weniger Vertrauen in die Demokratie haben, denn sie ist unsere Stärke. Und ja, das bedeutet auch, dass wir uns als Kommunen, als Landkreis, gegen die Kürzungen der Bundesregierung wehren müssen.

In den vergangenen 5 Jahren hat sich unser Abgeordneter Till Jonas Hampe im Rat der Stadt Göttingen erfolgreich für nachhaltiges, klimaschonendes Bauen, eine lebenswerte, demokratische Stadt und gegen Diskriminierung eingesetzt. An die bisherigen Erfolge wollen wir anschließen und unsere Vielfalt an neuen Ideen jetzt nicht nur im Rat der Stadt Göttingen, sondern auch im Kreistag, im Rat der Stadt Osterode und in den Ortsräten Geismar und Grone einbringen. Für das Amt der Göttinger Oberbürgermeisterin unterstützen wir Onyeka Oshionwu, für das Amt des Landrats haben wir Till Jonas Hampe als Kandidaten aufgestellt.

Wir wollen, dass kommende Generationen immer noch eine schöne, lebendige Region haben, in der sie sein können, wer sie sein wollen.

Wir wollen die Veränderung darstellen, die Göttingen braucht und bitten um eure Stimmen.

Euer Team von Volt Göttingen

Gleichstellung und Inklusion

Wir wollen Göttingen zu einer Region machen, in der sich jeder Mensch wohlfühlen kann. Dazu gehört, dass bei allen baulichen, strukturellen und gesellschaftlichen Entscheidungen die Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen aller Menschen berücksichtigt werden. Deshalb bauen wir Barrieren ab, damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben und am Alltag teilhaben können.

Konkret bedeutet das aber auch, dass wir in allen Bereichen den Abbau von Diskriminierung und Ungerechtigkeiten voranbringen wollen, und so sind alle Teile dieses Wahlprogramms im Sinne einer intersektionalen Politik gedacht, die Antirassismus, Queerfeminismus, Barriereabbau und Antifaschismus grundsätzlich zum Ziel hat. Es darf nicht von einzelnen Merkmalen abhängen, ob Menschen in ihren Lebenslagen gesehen, in ihren Anliegen ernst genommen und in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

- **Alle Infos in einer App zusammenfassen:** Wir stellen mittels der App, die gerade schon entwickelt wird, den Bürger*innen alle Informationen und Services für Göttingen in einer App zur Verfügung. Informationen, die enthalten sein sollten sind unter anderem: Standorte von Abfallcontainern, Altglascontainern, E-Ladesäulen, Ladezonen, Park & Ride-Angebote, Altkleiderabgabestellen sowie Müllabfuhrzeiten, kulturelle Angebote und Veranstaltungen, Informationen über den ÖPNV, aber auch transparente Daten über die derzeitige Energieerzeugung, Informationen über politische Termine und Beteiligungsverfahren, News aus der Stadtverwaltung, Informationen über aktuelle Bauvorhaben, Termine für Ämter und Bürgerämter sowie Informationen über Integrationsstellen, Informationen zu Wickel- und Stilmöglichkeiten im öffentlichen Raum, barrierearme Orte sowie Sitzgelegenheiten und Treffpunkte zum Zusammenkommen.
- **Integration vor Ort stärken:** Kommunale Integrationsbeauftragte, interkulturelle Begegnungsstätten und Beratungsstellen sorgen für schnelle Unterstützung und echten Austausch. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprach- und Bildungsangebote erhalten und ausgebaut werden.
- **Barrierefreiheit konsequent anstreben:** Öffentliche Gebäude, Straßen, Plätze und digitale Verwaltungsangebote werden schnell und pragmatisch barrierearm gestaltet. Auch bei Veranstaltungen ist die Barrierefreiheit stets mitzudenken.
- **Defensive Architektur zurückbauen:** Wir bauen Infrastruktur zurück, die das Ziel hat, obdachlose Menschen zu verdrängen. So erhöhen wir die Aufenthaltsqualität für alle Bürger*innen. Obdachlosigkeit begegnen wir mit echter Unterstützung, statt Vertreibung.

- **Gesetzliche Betreuer*innen stärken:** Unterstützung bei Förderung, Findung und Ausbildung von gesetzlichen Betreuer*innen in der Region für eine Verbesserung der Versorgung.
- **Einrichtung eines Fördertopfs für antifaschistische Bildungsprojekte:** In dieser Zeit bedenklichen politischen Rechtsrucks wollen wir einen Fördertopf für antifaschistische Bildungsprojekte einrichten, um Radikalisierung und Extremisierung zu verhindern. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein.
- **Abschiebungen verhindern:** Die Kommunen sollen ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um Abschiebungen zu verhindern. Es ist falsch, Menschen wieder an Orte zurückzudrängen, aus denen sie fliehen mussten, und auch, sich der Verantwortung für Straffällige zu entledigen, indem man sie ungestraft an andere Orte schickt, wo sie möglicherweise weitere Taten begehen.
- **Leiharbeit und prekäre Beschäftigung in kommunaler Verantwortung unterbinden:** Die Kommunen und Behörden sollen keine Leiharbeit in kommunaler Verantwortung mehr tragen und dafür sorgen, dass in der öffentlichen Hand niemand mehr prekär beschäftigt wird.

Wo es schon klappt (Best Practice)

Barcelona, Spanien: Barcelona hat das Netzwerk „Barcelona Inclusiva“ für umfassende Inklusionspolitik mit inzwischen mehr als 900 Beteiligten Einrichtungen geschaffen.

Bauen und Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht, kein Spekulationsobjekt. Deshalb brauchen wir geeignete Mittel, um Wohnraum verfügbar und Mieten bezahlbar zu halten. Wir setzen uns für lebendige Kommunen ein, wo alle ein gutes Zuhause finden.

Da neue Flächen knapp sind und Versiegelung vermieden werden soll, sind kluge Konzepte wie die Nachverdichtung von bestehenden Quartieren notwendig. Unser Ziel ist es, mehr Wohnraum zu schaffen, ohne Lebensqualität einzubüßen. Notwendig hierbei ist eine ökologische, gerechte und nachhaltige Stadtgestaltung. Dabei nehmen wir die Sorgen der Anwohnenden ernst und setzen auf Transparenz, Beteiligung und gemeinsames Gestalten. Auf diese Weise entsteht eine Stadt, die zusammenwächst und niemanden zurücklässt.

- **Bestehende Potenziale besser nutzen:** Ferienwohnungsplattformen wie AirBnB werden durch konsequente Zweckentfremdungssatzungen in Stadtgebieten eingeschränkt. Zusätzlich gibt es ein konsequentes Leerstandsmanagement mit verbindlichen Meldepflichten und möglichen Sanktionen. Leerstehende Büro- und Gewerbeflächen, die Unternehmen gehören, werden zu Wohnraum umgewidmet; dies betrifft explizit nicht das Eigentum von Privatpersonen, die nicht-kommerziell Immobilieneigentum halten.
- **Einführung einer Leerstandssteuer:** Es ist inakzeptabel, dass Gebäude absichtlich oder aus mangelndem Investitionsinteresse leerstehen, die eigentlich als Wohnräume genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass eine kommunale Leerstandssteuer eingeführt wird, um mehr Wohneinheiten verfügbar zu halten und damit auch zu verhindern, dass die Mieten durch Wohnungsknappheit noch weiter ansteigen.
- **Azubi-Wohnheim ermöglichen:** Wir wollen in Göttingen ein Azubi-Wohnheim ermöglichen, das ähnlich wie die Studierendenwohnheime günstige Wohnungen für Auszubildende schafft. Eine "Stadt, die Wissen schafft" trägt Verantwortung für alle Bildungsformen, nicht nur für die Universität. Unser dahingehender Antrag wurde leider bisher nicht umgesetzt; die Stadt Göttingen hätte ein solches Wohnheim bereits vom Bund gefördert bekommen können.
- **Hagenweg 20/20a abreißen und neue Armutskonzentration verhindern:** Jetzt, da die Stadt Göttingen den Hagenweg 20/20a vollständig erworben hat, soll das desolate Gebäude vollständig abgerissen werden. Dort sollen neue Wohneinheiten entstehen, aber wir wollen verhindern, dass wieder dieselben Probleme entstehen, indem wir dort bisher wohnhaften Personen mehr Hilfe bei der Findung anderer Wohnungen leisten und die

strukturellen Benachteiligungen abbauen, die zur vergangenen Entwicklung geführt haben. Es soll keine Verdrängung passieren, sondern eine durchmischte Demographie angesprochen werden - der wichtigste Teil ist jedoch, dass der neu entstandene Wohnraum in kommunaler Hand bleibt, um ausbeuterische Vermietungspraktiken zu verhindern.

- **Qualifizierten Mietspiegel umsetzen:** Der Qualifizierte Mietspiegel ist jetzt beschlossen - wir wollen, dass er auch umgesetzt wird. Dadurch schützen wir Mieter*innen vor übersteuerten Mieten.
- **Kommunalen Wohnungsbau stärken:** Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften werden gestärkt. Sie schaffen Wohnungen, die dauerhaft günstig bleiben und dem Gemeinwohl dienen.
- **Aktive Bodenpolitik betreiben:** Mit Vorkaufsrechten und kommunalen Grundstücksankäufen sichern wir Boden für bezahlbaren Wohnraum und verhindern Bodenspekulation. Flächenreserven werden gezielt für gemeinwohlorientierte Projekte genutzt. Daher unterstützen wir das Vorhaben, ein Soziales Zentrum in der ehemaligen JVA zu ermöglichen.
- **Sozial gerechtes Bauen vorantreiben:** Bei jedem öffentlichen Wohnbauprojekt werden mindestens 40% der Wohnungen als Sozialwohnungen oder preisgedämpfter Wohnraum entstehen. So bleibt Wohnen auch für Normalverdienende bezahlbar.
- **Bauflächen für Wohnraum ausschöpfen:** Örtliche Stellplatzsatzungen werden flexibler gestaltet. Das führt zu weniger Pflichtstellplätze pro Wohnung dort, wo gute Mobilitätsangebote vorhanden sind. So entstehen mehr Wohnungen auf gleicher Fläche und zu günstigeren Preisen.
- **Platzsparend bauen:** Wir setzen auf Nachverdichtung, Aufstockungen und die Prüfung bereits asphaltierter/versiegelter innerörtlicher Brachflächen wie z. B. alte inaktive Industrieanlagen. So entsteht neuer Wohnraum ohne zusätzlichen Flächenverbrauch.
- **Besser bauen statt teuer verkaufen:** Städtische Grundstücke sollen nicht an den Meistbietenden gehen, sondern an die Bewerber*innen mit den besten sozialen und ökologischen Konzepten. So entsteht lebendiger, bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum.
- **Gemeinsam mit starken Partner*innen handeln:** Stiftungen und Bürgerprojekte werden bei Wohnbauprojekten aktiv eingebunden, denn Wohnen ist ein Gemeinschaftsprojekt.

- **Housing First Strategie umsetzen:** Um Obdachlosigkeit zu bekämpfen, werden Bedürftige zuerst zurück in eine eigene Wohnung gebracht. So werden sie nachhaltig dabei unterstützt, wieder in ein geregeltes, eigenständiges Leben zurückzufinden. Bereits in der vergangenen Legislatur haben wir an einem interfraktionellen Antrag dahingehend mitgewirkt.
- **Nachverdichtung bevorzugen:** Vor allem soll diese Vorrang vor Neubau haben, da dadurch keine neuen, unbebauten Flächen versiegelt werden.
- **Bestandssanierungen priorisieren:** Statt Abriss und Neubau soll vorzugsweise im Bestand saniert werden, um Ressourcen wie Beton, Stahl und Glas zu sparen.
- **Bestehende Wohngebäude aufstocken:** Um Wohnraum zu schaffen, ohne neue Flächen versiegeln zu müssen, sollen bevorzugt Aufbauten auf bestehenden Wohngebäuden vorgenommen werden. Außerdem wird bereits vorhandene Infrastruktur wie Versorgungsleitungen genutzt.

Wo es schon klappt

Wien, Österreich: Die Hälfte der Wiener*innen wohnt in kommunalen oder kommunal geförderten Wohnungen. Dadurch bleiben die Mieten dauerhaft günstig.

Finnland: Finnland setzt seit 2008 die Housing First Strategie mit einem einheitlichen Plan um. Dadurch konnten bis 2022 die Langzeitobdachlosigkeit um 68% gesenkt und jährlich pro Person mindestens 15000 € an Folgekosten gespart werden.

Hannover: In der Südvorstadt wurde nachverdichtet, indem das Gelände einer alten Unfallklinik mit Schwesternwohnheim zu Unterkünften für Studierende und Geflüchtete umgebaut wurde.

Ordnung und Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis. Alle Menschen wollen sich wohl und geschützt fühlen – auf dem Heimweg, an der Haltestelle oder bei Veranstaltungen. Bei Behörden und staatlichen Einrichtungen setzen wir zudem auf verstärkte Sensibilisierungen zur Vermeidung von Diskriminierungserfahrungen.

- **Sicherheitsgefühl verbessern:** Angsträume werden gemeinsam mit Bürger*innen identifiziert und verbessert. Vor allem gute Lichtkonzepte sorgen für ein höheres Sicherheitsempfinden. Eine smarte Beleuchtungstechnik zum Beispiel auf dem Göttinger Stadtwall gewährleistet zudem einen konsequenten Artenschutz.
- **Hilfe statt Repressionen:** Im Umgang mit Suchterkrankten setzen wir auf Prävention und Unterstützung bei der Genesung sowie Resozialisierung statt auf Strafverfolgung und Verdrängung. Angebote für Menschen in Substanzabhängigkeit werden ausgebaut, ein Konsumraum eingerichtet und der Zugang zu Drug-Checking und sauberem Konsumbesteck ermöglicht, um Infektionserkrankungen vorzubeugen und das Risiko von Überdosen zu verringern.
- **Meldestellen für gefährdete Gruppen:** Unabhängige Meldestellen für sexuelle Belästigung, sexualisierte und häusliche Gewalt und Diskriminierung werden erhalten und eingerichtet.
- **Diskriminierung vorbeugen:** Antidiskriminierungstrainings in Behörden beugen struktureller Diskriminierung vor und sensibilisieren die Beschäftigten für einen respektvollen Umgang mit verschiedenen Lebenssituationen. Beschwerden werden ernst genommen und gegen Diskriminierungen wird konsequent vorgegangen.
- **Schutz von Betroffenen von Gewalt:** Frauenhäuser, Schutzwohnungen und Notunterkünfte für Opfer von Gewalt werden ausgebaut. Vereine, die sichere Räume schaffen, werden gefördert und "Housing First"-Projekte für obdachlose Menschen umgesetzt.
- **Junge Menschen schützen und unterstützen:** Sichere Orte zur Freizeitgestaltung, niedrigschwellige Beratungsangebote, Projekte zur Gewalt-Prävention und Konsum-Aufklärung sowie aufsuchende Jugendsozialarbeit werden erhalten und nach Bedarf ausgebaut oder angepasst.

- **Gut vorbereitet in Krisen und Notfällen:** Notfallpläne für verschiedene Krisen werden erarbeitet, Zuständigkeiten klar verteilt und Handlungsketten definiert. Sirenen, Warn-Apps, digitale Anzeigetafeln und öffentliches WLAN mit integriertem Warnsystem sichern die Kommunikation mit der Bevölkerung. Smarte Stromnetze und Notstromsysteme sichern die Versorgung auch im Notfall.
- **Sicheres Ankommen:** Nachttaxis werden gefördert und der Ausstieg zwischen Bushaltestellen ermöglicht - auch im ländlichen Raum.
- **Tierschützende Mülleimer:** Viele Mülleimer in Göttingen und den anderen Kommunen sind ungeeignet und zudem gefährlich für Wildtiere, da insbesondere Krähen und Waschbären hineingelangen und gefährlichen Müll fressen können. Außerdem holen sie den Müll heraus und verteilen ihn in der Natur und auf den Wegen. Wir fordern eine Umstellung auf geeignete öffentliche Mülleimer, die zudem mehr Volumen fassen sollen, um herumliegenden Müll zu verhindern.
- **“Defensive Architektur” verbieten:** Vermehrt werden im öffentlichen Raum bauliche Maßnahmen getroffen, die es Obdachlosen erschweren, einen Ort zum Ausruhen oder Schlafen zu finden. Das wollen wir verbieten. Es ist menschenfeindlich, wenn Sitzbänke gezielt verkürzt werden, um Schlafplätze zu nehmen, wie etwa vor der Göttinger Stadthalle, oder zum selben Zweck eine Mittelarmlehne erhalten, wie etwa am Wöhler-Denkmal. Insbesondere am Boden oder auf Mauern angebrachte Metalleidornen sind zudem gefährlich und müssen entfernt werden.

Wo es schon klappt

München: Potenzielle Angsträume wurden gemeinsam mit Bürger*innen erfasst und ein Maßnahmenplan für Licht, Sauberkeit und Umbauten erstellt

Mainz: Zentrale Haltestellen bekommen Notrufterminals, mit denen per Knopfdruck Hilfe gerufen werden kann

Hamburg: Ein queeres Schutzhaus dient als sicherer Ort für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung.

Hannover: Das Nachttaxi-Angebot schafft sichere Räume für FLINTA*-Personen

Leipzig: Eine digitale Meldestelle bietet Betroffenen von Catcalling und Übergriffen Unterstützung.

Berlin: Mobile Drug-Checking-Angebote bieten auch Aufklärung für Konsumierende.

Finanzen und Wirtschaft

Lokales Handwerk und Gewerbe stehen aufgrund von Flächenknappheit, steigenden Preisen und einem großen Innovationsbedarf vor Herausforderungen. Wir stärken Handwerk und Gewerbe, indem wir proaktiv innovative Strategien entwickeln. Dabei ist vor allem entscheidend, dass moderne und flexible Gewerbeflächen verfügbar sind.

Der ländliche Raum bietet einzigartige Chancen für Gründer*innen, steht jedoch auch vor spezifischen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und fehlender Infrastruktur. Eine gezielte Förderung von Gründungen kann dazu beitragen, die Daseinsvorsorge zu sichern, die lokale Wirtschaft zu stärken und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Verlegung eines Gewerbes in eine andere Gemeinde stellt Unternehmen oft vor unnötige bürokratische Hürden, da eine Abmeldung am alten und eine Neuanmeldung am neuen Standort erforderlich sind. Diese Prozesse wollen wir durch Digitalisierungen und mehr Verwaltungseffizienz vereinfachen.

- **Flächenknappheit begegnen:** Geeignete Flächen für Handwerksbetriebe und produzierendes Gewerbe werden identifiziert und gesichert, um der Flächenknappheit und Preissteigerung entgegenzuwirken. Dazu entwickeln wir Konzepte zur Nachverdichtung, beleben Brachflächen wieder und wandeln Bestandsgebäude um.
- **Innovationen und Netzwerke fördern:** Der Austausch, die Kooperation und die Entwicklung neuer Ideen und Produkte im Handwerk werden aktiv initiiert und gefördert. So können bestehende Unternehmen und Neugründungen gleichermaßen unterstützt werden.
- **Nachhaltigkeit mitdenken:** Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen denken wir umweltfreundliche Technologien und Konzepte wie Photovoltaik, E-Ladesäulen und Regenwassernutzung mit. Dies trägt zum Klimaschutz bei und fördert eine nachhaltige Entwicklung.
- **Regionale Bedarfe ermitteln:** Kontinuierlich werden regionale Bedarfe an Gewerbeflächen und spezifischer Infrastruktur analysiert. Auf dieser Basis entwickeln wir passgenaue Angebote. Dies gewährleistet, dass die Maßnahmen den tatsächlichen Bedürfnissen der lokalen Wirtschaft entsprechen.
- **Daseinsvorsorge sichern:** Wir sichern die grundlegende Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und bauen sie aus, um ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld für Gründer*innen zu schaffen. Dazu verbessern wir die medizinische Versorgung, das Bildungsangebot, die Nahversorgung, die Mobilität und insbesondere den Breitbandausbau.

- **Gründer*innen aktiv unterstützen:** Um Gründungen zu unterstützen, ermöglichen wir Coworking Spaces, Maker-Spaces und Gründerzentren sowie Mentoring-Programme und schaffen vereinfachten Zugang zu Förderprogrammen, Netzwerken und Spezialisierungsmöglichkeiten.
- **Infrastruktur modernisieren:** Für erfolgreiche Gründungen ist es notwendig, die physische und digitale Infrastruktur anzupassen und zu modernisieren. Dazu fördern wir die Verkehrsanbindungen und besonders die flächendeckende Digitalisierung.
- **Once-Only-Prinzip umsetzen:** Wir setzen das Once-Only-Prinzip um. Hierbei müssen bei der Verwaltung vorhandene Daten bei einem Umzug nicht erneut eingereicht werden. Hierfür sind eine verbesserte Datenkommunikation und der sichere Austausch zwischen den Gewerbeämtern notwendig.
- **Interkommunale Zusammenarbeit stärken:** Stadt und Landkreis Göttingen arbeiteten mit anderen Kommunen zusammen und setzt sich auf Landesebene dafür ein, gemeinsame IT-Lösungen und Standards für die Gewerbeverwaltung zu entwickeln. Dies reduziert den Entwicklungsaufwand für einzelne Gemeinden und beschleunigt die Digitalisierung.
- **Ansprechpartner vereinheitlichen:** Der Service des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) wird als zentrale Lotsenstelle für Unternehmen bei Verwaltungsfragen, einschließlich der Gewerbeummeldung, weiter ausgebaut und beworben. Der EA soll umfassend über die Prozesse informieren und bei der digitalen Abwicklung unterstützen.
- **Rechtliche Anpassungen auf Bundesebene einfordern:** Stadt und Landkreis Göttingen setzen sich über ihre kommunalen Spitzenverbände dafür ein, dass die Gewerbeordnung so angepasst wird, dass bei einem Umzug in eine andere Gemeinde eine echte "Ummeldung" statt einer Ab- und Neuanmeldung möglich wird, um die Bürokratie nachhaltig zu reduzieren.
- **Gewerbeummeldung digitalisieren:** Die Gewerbeummeldung wird vollständig digital abgewickelt, sodass Gewerbetreibende den Prozess komplett online durchführen können. Dafür richten wir benutzerfreundliche Online-Portale ein und integrieren diese in bestehende E-Government-Lösungen.

- **Agentur für Arbeit in der Stadt behalten:** Indem die Agentur für Arbeit weiter in der Trägerschaft der Stadt Göttingen verbleibt, sparen die anderen Kommunen im Kreis erheblich an der Kommunalumlage - die Bürger*innen also konkret an den Steuern. Für Göttingen hat diese Trägerschaft vor allem den Vorteil, dass die Stadtpolitik unmittelbar Einfluss auf die Agentur nehmen und die Bedingungen explizit gestalten kann, wodurch Prozesse schneller und effektiver sind.
- **Lokales Handwerk für öffentliche Aufträge:** Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll es leichter werden, dass lokale Handwerksbetriebe den Zuschlag bekommen, indem wir die Anforderungen für Kleinbetriebe erreichbar machen und als zusätzliches Kriterium lokale Unternehmen bevorzugen. Dazu müssen die Zahlungsprüfungen der öffentlichen Hand beschleunigt werden, um zu verhindern, dass die Betriebe zu lange auf Zahlungen warten und somit große finanzielle Risiken eingehen müssen.
- **Immobilien und Grundstücke nicht mehr abverkaufen:** "Tafelsilber verkauft man nicht." Die Kommunen sollen aufhören, Grundstücke und Immobilien in die private Hand abzuverkaufen und stattdessen mehr auf Pacht- und Mietsysteme setzen.
- **Keine Abgabe von Kosten mehr an die Kommunen:** Wir wollen, dass die Kommunen sich gegen die Kostenabgabe von Bund und Land an sie wehren und ihren politischen Einfluss nutzen, um Bund und Land wieder zur Übernahme ihrer Verpflichtungen zu bringen. So wird Lebensqualität wieder deutlich gesteigert.

Wo es schon klappt

Amsterdam: "De Ceugel" ist eine ehemalige Schiffswerft, die in ein kreatives Labor umgewandelt wurde. Hier dienen Wohnboote als Büros für junge Unternehmen. Das Projekt legt einen starken Fokus auf Nachhaltigkeit und zirkuläres Bauen.

Osnabrück und Schöppenstedt (Niedersachsen): Seedhouse Osnabrück und Lab4Land Schöppenstedt bieten jungen Start-ups umfassende Unterstützung bei allen Bereichen von Gründungen, von der Ideenfindung bis zur Marktreife. Sie dienen als wichtige Anlaufstellen, um Gründungen im ländlichen Raum zu fördern und zu vernetzen.

München: Ab dem 1. November 2025 ist in München bei einem Umzug eines Gewerbes in eine andere Gemeinde nur noch eine Anmeldung am neuen Standort erforderlich. Die neue Behörde übermittelt die Daten automatisch an die Behörde des bisherigen Standorts.

Nordrhein-Westfalen: Das Wirtschafts-Service-Portal.NRW ermöglicht die digitale An-, Um- und Abmeldung von Gewerben. Es nutzt BOT-Technologie zur Antragsassistenten und erlaubt die elektronische Zahlung, was den Prozess medienbruchfrei gestaltet.

Digitalisierung

Unsere Vision für den Landkreis Göttingen ist eine smarte, digitalisierte Region, in der Technologie und Innovation die Lebensqualität der Bürger*innen verbessern, ohne zu überfordern. Wir fördern eine digitale Infrastruktur, innovative Lösungen für die Herausforderungen von Stadt und Region und sorgen für eine bessere Einbindung der Bürger*innen.

Die Kommunen erbringen einen Großteil der Versorgung der Bürger*innen. Diese Leistungen dürfen nicht von der Willkür von Big Tech aus anderen Rechtsräumen abhängig sein. Daher sollten alle digitalen Angebote und Verfahren auf souveränen Lösungen basieren.

- **Kreisweite “Rahmenstrategie Digitalisierung” erarbeiten:** Wir verstärken den digitalen Wandel in den Stadt- und Regionalverwaltungen, sodass im Jahr 2030 alle städtischen und regionalen Arbeitsbereiche umfassend durch digitale Technologien unterstützt werden. Die Strategie wird gemeinsam mit Vertreter*innen der Behörden und demokratischen Parteien aller Kommunen des Kreises erarbeitet, um eine langfristige Verbindlichkeit zu erreichen.
- **Barriereärmere Websitegestaltungen:** Die Websites der kreisangehörigen Städte und Kommunen sollen barrierefrei und insgesamt intuitiver gestaltet werden. Dadurch soll ein vereinfachter Umgang mit den Seiten möglich werden, in denen Bürger*innen die von ihnen gesuchten Inhalte leichter finden und besser abrufen können. Gerade für Menschen, die den Umgang mit digitalen Angeboten nicht routiniert gewohnt sind, stellen die Seiten zu oft noch eine zusätzliche Hürde dar.
- **Digitale Souveränität:** Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es wichtig ist, sich von Konzernabhängigkeiten zu lösen. Daher wollen wir erreichen, dass unsere Kommunen mittels Open-Source-Lösungen Datensicherheit und Unabhängigkeit garantieren können, was darüber hinaus auch noch viel Geld für Lizenzen einsparen kann - gerade in Zeiten, in denen Zölle und Preiserhöhungen Methoden aggressiver Außenpolitik sind.

Wo es schon klappt

Lübeck: Die Hansestadt Lübeck hat den Entwurf zur Fortschreibung der Digitalen Strategie der Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt, um Inhalte gemeinsam weiterzuentwickeln. Bürger*innen konnten dadurch Politik und Verwaltung mit Ideen unterstützen und den Entscheidungsprozess aktiv mitgestalten. Ziel ist es, den Dialog zu fördern, die digitale Transformation verständlich zu machen und alle gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen.

Kultur und Sport

Kulturelle Vielfalt, Vereinsleben und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts – gerade in ländlichen Regionen. Um dieses zu erhalten brauchen wir eine moderne, zukunftsfähige Kultur- und Ehrenamtsstrategie.

Auch Investitionen in unsere kommunalen Sport- und Freizeitangebote wirken sich direkt auf Lebensqualität, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen aus. Dabei denken wir ökologische Aspekte und Barrierefreiheit konsequent mit und schaffen vielfältige und nachhaltige Freizeitmöglichkeiten für alle.

- **Soziales Zentrum in der ehemaligen JVA:** In Göttingen stehen wir an der Seite der Initiative Soziales Zentrum. Hier soll ein Raum entstehen, der Kultur-, Bildungs- und Versorgungsangebote bündelt.
- **Haus der Kulturen erhalten:** Das Haus der Kulturen ist eine wichtige Einrichtung für die Stadt Göttingen, die sowohl Kulturangeboten als auch sozialen Formaten einen Raum bietet. Es muss unbedingt erhalten werden.
- **Stadthalle für die Göttinger Kultur nutzbar machen:** Die Stadthalle muss in ihrer Nutzbarkeit so reguliert werden, dass ortsansässige Vereine und Kulturprojekte deutlich vergünstigt dort ihre Veranstaltungen umsetzen können. Ein so teures Gebäude, das wir alle bezahlt haben, darf nicht nur für besonders wohlhabende Veranstaltende verfügbar sein.
- **Soziale Teilhabe für alle sichern:** Kostenfreie Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für Kinder und einkommensschwache Familien, Projekte gegen soziale Isolation und Armut werden gezielt gefördert.
- **Kommunale Kulturförderung ausbauen:** Transparente, faire und dauerhaft gesicherte Förderprogramme ermöglichen lokale Kulturprojekte. Davon profitieren z.B. Theater, Musikschulen, Stadtbibliotheken und Festivals. Wir verstehen diese Förderung als Daueraufgabe und nicht als freiwillige Zusatzleistung.
- **Kultur- und Vereinshäuser erhalten und modernisieren:** Bürgerhäuser, Sportstätten und Jugendzentren werden saniert und technisch modernisiert — barrierefrei und multifunktional.
- **Nachwuchs im Ehrenamt fördern:** Durch Jugendbudgets, Mentoringprojekte und gezielte Unterstützung von Jugendverbänden und kulturellen Initiativen wird junges Engagement gestärkt.

- **Räume für Kreativität schaffen:** Leerstehende Gebäude werden für Vereine und Projekte genutzt. Kultur- und Kreativ-Quartiere entstehen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.
- **Kinos erhalten:** Wir erhalten das Kino im ländlichen Raum und machen es neu erlebbar. Dafür fördern wir gezielt kleine Kinos, mobile Kinovorführungen und Open-Air-Kinoformate. Bestehende Bundes- und Landesmittel sollen aktiv genutzt, kommunale Strukturen gestärkt und Kooperationen gefördert werden. Dazu wollen wir die von Landesseite bestehenden Förderangebote nutzen.
- **Sportstätten als Begegnungsorten im ländlichen Raum:** Insbesondere im ländlichen Raum sind Sport- und Freizeitanlagen ein zentraler Treffpunkt für die Menschen, deswegen sollte dieser Bereich auch unter Gesichtspunkten der Kultur- und Sozialpolitik gefördert werden.
- **Sport- und Freizeitanlagen sanieren und ausbauen:** Kommunale Sportstätten, Schwimmbäder, Bolzplätze, Skateparks und Freizeitflächen werden erhalten und modernisiert. Dafür soll der Erhalt bestehender Bausubstanz wie z.B. beim Göttinger Uni-Bad Priorität vor Neubauten haben.
- **Vereinssport stärken:** Sportvereine, insbesondere im Kinder-, Jugend- und Integrationsbereich, werden finanziell und organisatorisch unterstützt.
- **Sport für alle ermöglichen:** Um Sport für alle zu ermöglichen, wollen wir sowohl im Vereinssport als auch für öffentliche Sportflächen Barrieren und Zugangshürden abbauen. Die Teilnahme muss ohne Diskriminierung und bauliche Hürden für alle Generationen möglich sein. Insbesondere innovative Projekte, die sich für Inklusion und Teilhabe einsetzen, werden wir gezielt fördern.
- **Überdachte und kostenfreie Sportanlagen:** Sowohl an heißen, sonnigen Tagen als auch bei Regen sollten kostenfrei zugängliche Sportanlagen für alle nutzbar werden.
- **Schwimm- und Freibäder:** Wir setzen uns ausdrücklich für den Erhalt und die nötige Sanierung von Schwimm- und Freibädern in Stadt und Landkreis Göttingen ein.

Wo es schon klappt

Würzburg: Das alte Bürgerbräu-Areal wird nun als Kultur- und Kreativzentrum genutzt.

Lahn-Dill-Bergland, Rhön: In einigen hessischen Kreisen werden Dorfkinoprojekte durchgeführt. Dabei bestehen Kooperationen zwischen Kulturamt und Kinobetreiber. Mobile Vorführungen in Gemeindehäusern werden gefördert.

Niedersachsen: Das Land Niedersachsen finanziert mobile Kinovorführungen in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern.

Kopenhagen (Dänemark): Der „Superkilen Park“ entstand als urbaner Freiraum mit Sport-, Spiel- und Kulturangeboten für eine diverse Nachbarschaft.

Gesundheit

Gesundheit ist ein Grundrecht und die Basis für eine lebenswerte Stadt. Für uns bedeutet kommunale Gesundheitspolitik, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, Bürokratie abzubauen und Prävention direkt in die Quartiere zu bringen. Wir orientieren uns an erfolgreichen europäischen Modellen, um Göttingen gesünder, inklusiver und resilienter zu machen.

Auch mentale Gesundheit ist ein Grundpfeiler der Lebensqualität – und zwar für Menschen in jedem Lebensalter und in jeder Lebenslage. Unser Ziel ist es, die psychosozialen Beratungsstellen flächendeckend auszuweiten, wir wollen die kommunale Suizidprävention stärken und die Krisenhilfe für Menschen in akuten Notlagen erweitern, vom Jugendlichen bis zum Senioren. Unser Ziel ist es, ein engmaschiges, barrierefreies Netzwerk zu schaffen, das allen Betroffenen schnelle und verlässliche Hilfe bietet – genau dann und dort, wo sie gebraucht wird.

- **Gesundheits- und Daseinsvorsorge sichern:** Pflege- und Gesundheitslotsen werden in den Orten unter Einbindung der öffentlichen Gesundheitsträger eingesetzt. Das stärkt die Versorgung aller, die sie benötigen.
- **Ambulante und stationäre Pflegeangebote stärken:** Beratungsangebote für Pflegebedürftige stärken die Selbstbestimmung Pflegebedürftiger. Wohnortnahe Pflegeplätze, mobile Pflegedienste, Tagespflegestellen und Entlastungsprogramme für pflegende Angehörige werden ausgebaut und reduzieren unbezahlte Carearbeit.
- **Gesundes und kostenloses Mittagessen für Kinder:** Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder in den KiTas kostenloses Mittagessen erhalten. Die Chance, sich gesund zu ernähren, sollten alle Kinder haben. Deswegen wollen wir auch eine Guthabenregelung für Schüler*innen einführen, sodass diese das Mittagessen in der Schule erwerben können und gleichzeitig einer Lebensmittelverschwendung entgegengewirkt wird.
- **Kommunale eHealth-Plattform:** Einrichtung eines lokalen Digital-Portals, über das Bürger*innen Termine beim Gesundheitsamt, bei Beratungsstellen oder kommunalen Pflegeberatungen unkompliziert buchen können.
- **Das Hausarzt-Zuerst-Prinzip fördern:** Wir wollen durch gezielte kommunale Informationskampagnen (u. a. in Bildungseinrichtungen und in öffentlichen Einrichtungen) das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Hausärzt*innen in der Regel die erste Anlaufstelle im Krankheitsfall ist.

- **Göttinger Ampel-System für freie Hausarztplätze (Kapazitäts-Dashboard):** Die Kommunen sollen in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) und den lokalen Praxen ein einfaches, digitales Echtzeit-Dashboard (integriert in die Göttingen-App/Website) bereitstellen. Bürger*innen sehen dort auf einen Blick und ohne langes Herumtelefonieren über ein einfaches Ampel-System (Grün/Gelb/Rot), welche Hausarztpraxis in ihrer Nähe aktuell noch neue Patient*innen aufnimmt oder kurzfristig Akut-Termine frei hat.
- **Niedrigschwellige Lotsenfunktion etablieren:** Kommunale Beratungsstellen, Quartiersmanager*innen und Verwaltungsschnittstellen sollen mithilfe dieses Kapazitäts-Dashboards Menschen ohne Internetzugang oder mit Sprachbarrieren direkt vor Ort an eine freie Hausarztpraxis vermitteln können.
- **Digitales Matching-Portal für Therapie- und Beratungsplätze:** Die Stadt Göttingen schafft in Zusammenarbeit mit der Psychotherapeutenkammer und lokalen Beratungseinrichtungen eine zentrale, datengeschützte Plattform. Darüber können Bürger*innen hier auf einen Blick sehen, welche Therapeut*innen oder städtischen Beratungsstellen (z. B. der Sozialpsychiatrische Dienst) kurzfristig Erstgespräche oder Krisentermine anbieten.
- **Stärkung des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SpD) als digitale Leitstelle:** Wir setzen uns dafür ein, den SpD personell zu stärken, um die Versorgungssituation für Menschen mit akutem Beratungsbedarf zu verbessern.
- **Niedrigschwellige Mental-Health-Angebote & Peer-Projekte:** Wir wollen eine Förderung von digital gestützten Chat- und Beratungsangeboten für Jugendliche und Studierende (z. B. in Kooperation mit der Nightline Göttingen). Dabei soll es möglich sein, mit Menschen zu agieren, nicht mit einem KI-Bot.
- **Förderung von Quartiers-Pflegemodellen:** Unterstützung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern durch kommunale Liegenschaften.
- **Kliniken erhalten, Versorgung sichern:** Für uns hat der Erhalt von Krankenhäusern gerade im ländlichen Raum Priorität. Sollte ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb trotz aller Anstrengungen im Einzelfall nicht möglich sein, lassen wir die Regionen nicht im Stich: In diesen Fällen setzen

wir uns nachdrücklich für den Aufbau moderner Gesundheitszentren ein. Unter einem Dach arbeiten hier Haus- und Fachärzte, Notfallambulanzen, Pflegeangebote und Tageskliniken eng zusammen. So sorgen wir dafür, dass die medizinische Versorgung genau dort bleibt, wo sie gebraucht wird: nah bei den Menschen.

Queeres Leben in Göttingen

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit, sowie gleiche Rechte in der Lebensgestaltung und das Recht auf körperliche Unversehrtheit sind essenzielle Grundrechte unserer demokratischen Gesellschaft. Diese Rechte müssen für queere Menschen uneingeschränkt gelten. Wir alle profitieren von einer inklusiven Gesellschaft, die Vielfalt anerkennt und schützt.

Göttingen ist eine bunte und offene Stadt, doch echte Gleichberechtigung und Sicherheit für die LGBTIQ+-Community sind auch 2026 leider noch keine Selbstverständlichkeit. Für uns ist klar: Menschenrechte und Vielfalt müssen aktiv im kommunalen Alltag verankert, geschützt und gefördert werden. Wir wollen Göttingen zu einer europäischen Vorzeigestadt für queeres Leben machen – durch konkrete Unterstützung, Sichtbarkeit und den konsequenten Schutz vor Diskriminierung.

- **Queere Infrastruktur stärken und absichern:** Institutionen wie das Queere Zentrum Göttingen oder die vielfältigen Beratungsangebote leisten unverzichtbare Arbeit. Wir fordern eine verlässliche, langfristige finanzielle und institutionelle Absicherung dieser Strukturen durch die Kommunen, um Beratungs- und Schutzräume dauerhaft zu garantieren.
- **Sicherheit im öffentlichen Raum garantieren und Vertrauen aufbauen:** Queerfeindliche Übergriffe und Diskriminierung nehmen leider auch hier zu. Da die Fronten zwischen den Sicherheitsorganen und Teilen der Community aktuell zum Teil sehr verhärtet sind, reicht reine Sensibilisierung nicht aus. Wir fordern die Schaffung eines professionellen, dauerhaften Mediationsangebots zwischen der Polizei, den Ordnungskräften und der queeren Community, um gegenseitiges Vertrauen und Verständnis aufzubauen. Flankiert werden muss dies durch die gezielte Fortbildung von Verwaltungs- und Ordnungskräften sowie die Einrichtung niedrigschwelliger, anonymer Meldestellen für Diskriminierung und Hasskriminalität in der Region.
- **Sichtbarkeit und Bildung fördern:** Vielfalt gehört in die Mitte der Gesellschaft. Wir setzen uns für die kommunale Förderung von queeren Kultur- und Bildungsangeboten in Schulen, Jugendeinrichtungen und im öffentlichen Raum ein. Göttingen muss das ganze Jahr über – und nicht nur zum CSD – Flagge für Vielfalt zeigen.
- **Gleichstellung in der Stadtverwaltung vorleben:** Die kommunalen Behörden müssen Vorbild sein. Wir fordern den konsequenten Ausbau geschlechtersensibler, inklusiver Sprache in der Verwaltung, die flächendeckende Bereitstellung von All-Gender-Toiletten in öffentlichen

Gebäuden sowie Fortbildungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen zu den Lebensrealitäten von trans*, inter* und nicht-binären Menschen sowie Familien, die nicht dem heteronormativen Bild entsprechen.

- **Verstetigung von Mitteln für queere* Aufklärung:** Wichtige Aufklärungsformate über queere Lebensrealitäten, gerade an Bildungseinrichtungen, müssen endlich mit verstetigten Mitteln versorgt werden. Es darf nicht sein, dass diese Arbeit immer wieder dem Wohlwollen oder Unwillen der Stadtpolitik unterliegt. Die Kosten, die die Stadt dabei hat, sind immer schon sehr gering.
- **Sichtbarkeit für trans*Beratungsangebote:** Wenn trans*Personen nach Göttingen ziehen oder ihre Transition beginnen, müssen die Beratungsangebote gebündelt auffindbar sein. Wir wollen, dass die Stadt auf der Website über die bestehenden Angebote informiert.
- **Konsequente Aufarbeitung vergangener Unrechte:** Die Kommunen müssen vergangene Ungerechtigkeiten gegenüber queeren Menschen konsequent aufarbeiten und darüber informieren. Aus der menschenverachtenden Vergangenheit müssen Lehren gezogen werden, und das geht nur, indem wir konkrete Aufarbeitung leisten.

Umwelt und Klimaschutz

Keine andere Krise ist so wichtig und dringlich wie die Klimakrise und die immanenten Katastrophen, die daraus resultieren werden. Darauf müssen wir uns kommunal einstellen und alle Mittel ergreifen, die den Erhalt von Artenvielfalt, Versorgung und Schutz der Natur und der Menschen betreffen.

Auch bisherige kommunalpolitische Fehler müssen dringend behoben und künftig vermieden werden: der natürliche Wasserkreislauf wird durch fehlerhafte Baupolitik unterbrochen. Städte und urbane Räume sind wegen des hohen Versiegelungsgrades in besonderer Weise gefährdet. Extreme Hitze, Dürrephasen und Starkregenereignisse nehmen im Zuge des Klimawandels zu. Große Niederschlagsmengen müssen zukünftig aufgefangen werden, um Wasser für Trockenperioden zu speichern und Flutereignisse abzuschwächen. Wir wollen deshalb das Konzept der Schwammstadt umsetzen.

In Niedersachsen wird durch die Bebauung mit Straßen und Gebäuden pro Tag eine Fläche von 4,9 Hektar versiegelt. Diese Fläche kann dann kein CO₂ mehr speichern und kein Wasser mehr aufnehmen, weswegen wir Flächen konsequent entsiegeln müssen, die gerade grundlos dem Wasserkreislauf entzogen sind.

- **Gebäude und Wege intelligent beleuchten:** Die Beleuchtung von öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen und Gebäuden erfolgt mit Bewegungssensoren und dimmbaren LEDs. So wird Energie gespart und Lichtverschmutzung verringert, ohne die Sicherheit zu beeinträchtigen. Eine solche Anlage auf dem Göttinger Stadtwall könnte beispielsweise eine artenschutzsensible Beleuchtung ermöglichen, die zugleich verhindert, dass ganze Wallstücke fast immer unbeleuchtet sind und daher gemieden werden.
- **Sichere Wege für Mensch und Tier:** Durch Straßen und Bahnlinien werden die natürlichen Wege für wandernde Wildtiere durchschnitten. Dies sorgt immer wieder für Unfälle und Probleme bei der Tierwanderung. Aus diesem Grund werden wir eine Untersuchung einleiten, inwiefern Autobahnen, Bundesstraßen und Bahnlinien Wanderrouen zerschnitten werden. Wir werden uns dafür einsetzen, an diesen Stellen Grünbrücken anzulegen. Gleichzeitig werden wir bei Neubauten von Straßen und Bahnlinien auf Wanderrouen prüfen und gegebenenfalls Grünbrücken und Übergänge anlegen.
- **Versiegelung begrenzen:** Unversiegelte Flächen müssen als CO₂- und Wasserspeicher erhalten bleiben, wobei wir auf zusätzliche naturnahe und umweltschonende Begrünung setzen.

- **Natürliche Gewässer wiederherstellen:** Flussläufe und Auenlandschaften können bei Hochwasser große Wassermengen zurückhalten und damit Schäden in bebauten Gebieten vermeiden. Des Weiteren erhalten verschiedene Tier- und Pflanzenarten einen sicheren Ort.
- **Brachliegende Flächen entsiegeln und begrünen:** Vor allem in Innenstädten sollen Flächen begrünt werden, um Städte im Sommer kühlen zu können. Zusätzlich dienen diese Flächen auch als eine Art Schwamm bei Starkregen. Dafür wollen wir das verwaltungseigene Entsiegelungskataster der Stadt Göttingen nutzen, um versiegelte Flächen zu identifizieren, die wieder für die Natur und den Klimaschutz nutzbar gemacht werden könnten. Wasser im Boden sollte auch in Zentrumsnähe gespeichert werden können.
- **Wasserdurchlässigen Straßenbelag einsetzen:** Hierdurch wird eine Versickerung von Regenwasser gewährleistet. Je nach Bedarf und Einsatzort kommen beispielsweise Pflastersteine, Rasengitter oder Schotterrasen zum Einsatz.
- **Leitungsgräben nutzen:** Dadurch wird Regenwasser gespeichert, um damit Grünflächen und Stadtbäume zu bewässern.
- **Gebäudedächer und Fassaden begrünen:** Durch die Wasserverdunstung der Pflanzen werden die bewachsenen Gebäude im Sommer gekühlt und der Straßenlärm für die Bewohnenden gemindert, während die Begrünungsflächen auch einen Teil Regenwasser speichern. Außerdem werden durch ihre filternden Eigenschaften Schadstoffe gebunden. Das Parkhaus am Wochenmarkt und das Gothaer Haus in Göttingen sind erste Beispiele für diese Praxis.
- **Städtebauliche Planungen prüfen:** Es wird bei allen Bauvorhaben geprüft, inwiefern diese mit dem Schwammstadtkonzept kompatibel sind.
- **Regenwasser als Ressource betrachten:** Regenwasser soll vor Ort gesammelt und für geeignete Maßnahmen genutzt werden.
- **Klimaanpassungen als gemeinschaftliche Aufgabe betrachten:** Bei der Planung und Umgestaltung von bebauten Flächen sollen Hitzeschutzaspekte in die Bebauungspläne einfließen.
- **Pfandsysteme in der Gastronomie:** In der Göttinger Abhol- und Liefergastronomie sollen Pfandbehältnisse eingeführt werden, um den

Verpackungsmüll deutlich zu reduzieren.

- **Abfall vermeiden und reduzieren:** Wir fördern Maßnahmen, um Abfallmengen an der Quelle zu reduzieren. Beispielsweise unterstützen wir Mehrwegsysteme, unverpackte Produkte und langlebige Güter. Dies schont wertvolle Ressourcen und minimiert die Umweltbelastung, was einen direkten Beitrag zum Umweltschutz leistet.
- **Wiederverwenden und reparieren:** Wir ermöglichen und fördern Repair-Cafés, um die Lebensdauer von Produkten zu verlängern. Dies reduziert auch den Bedarf an neuen Produkten und schont damit Ressourcen.
- **Recycling ausbauen und optimieren:** Wir bauen Sammel- und Sortiersysteme für Wertstoffe aus und optimieren sie, um eine hohe Qualität des recycelten Materials zu gewährleisten. Investitionen in moderne Recyclingtechnologien sind notwendig, um Materialien effizient in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen und die Unabhängigkeit von Rohstoffimporten zu erhöhen.
- **Regionale Stoffkreisläufe fördern:** Wir fördern lokale und regionale Wertschöpfungsketten, um die regionale Wirtschaft zu stärken und den Transportaufwand zu reduzieren. Dazu werden regionale Ressourcen genutzt und Abfälle zu neuen Produkten vor Ort verarbeitet.
- **Beschaffungswesen stärken:** Die Kommunen gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen verstärkt auf recycelte, reparierbare und langlebige Produkte setzt.

Mobilität

Der Klimawandel stellt auch den Landkreis Göttingen vor die dringende Aufgabe, den Verkehr neu zu denken. Eine zukunftsfähige Mobilität setzt daher klar auf öffentliche Verkehrsmittel, die überall sowohl in der Stadt als auch auf dem Land bequem nutzbar sind. Nur wenn Bus, Bahn und flexible Sharing-Angebote verlässlich, bezahlbar und flächendeckend erreichbar sind, können wir Emissionen effektiv senken und gleichzeitig die soziale Teilhabe stärken. Gleichzeitig sollen bei allen baulichen Veränderungen alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere Kinder, stets mitgedacht werden.

Unser Landkreis braucht sichere und attraktive Wege für den Radverkehr. Noch immer dominiert das Auto viele Straßen, während Radfahrende oft nicht genug Platz haben. Dabei bietet das Fahrrad eine echte Chance: Leise und klimafreundlich stärkt es die Gesundheit und Gemeinschaft. Wer mit dem Rad fährt, erlebt die Stadt. In der Stadt Göttingen wurde der Radentscheid aus der Mitte der Bürger*innen verabschiedet, der jetzt konsequent umgesetzt werden muss.

- **Attraktive Stellplätze außerhalb des Stadtzentrums schaffen:** Wir fördern Parkplätze außerhalb des Stadtzentrums, sowie die Umwidmung kostenloser Parkplätze, um den Platzbedarf innerhalb der Innenstadt Göttingens zu reduzieren. Anwohner sollen bevorzugt einen Stellplatz zu attraktiven Konditionen in den Parkhäusern erhalten. Ebenso soll es für Gewerbetreibende erlaubt sein, ihre Lieferungen per Fahrzeug durchzuführen.
- **Öffentlichen Nahverkehr ausweiten und stabilisieren:** Wir erhöhen die Taktzeiten, verlängern die Betriebszeiten und sorgen für eine flächendeckende Versorgung mit Angeboten des ÖPNV. Zugleich soll der ÖPNV zuverlässiger werden. Projekte zur Weiterentwicklung betrachten wir unter Gesichtspunkten der Stadtplanung und der Mobilität.
- **Landkreisübergreifende Vernetzung verbessern:** Durch die Einführung neuer Buslinien in umliegende Landkreise binden wir den ländliche Raum besser an den ÖPNV an und erschließen neue Pendelmöglichkeiten.
- **Mobilität barrierearm gestalten:** Mobilität muss durch sichere, gut ausgebauten Wege, zugängliche Haltestellen und einen öffentlichen Nahverkehr gewährleistet werden, der von allen Menschen selbstständig und barrierearm genutzt werden kann. Der barrierearme Ausbau der Haltestellen macht Bus und Bahn für alle Menschen zugänglich.
- **Radschnellwege ausbauen:** Radschnellwege ermöglichen es, auch längere Strecken mit dem Rad in der Region einfach und klimafreundlich

zurücklegen zu können.

- **Straßen und Radwege baulich trennen:** Eine bauliche Trennung dort, wo es sinnvoll ist, verringert die Kollisionsgefahr zwischen Fahrrädern und Fahrzeugen. So ermöglichen wir mehr Menschen einen sicheren Umstieg auf das Rad.
- **In Kreuzungen schützen:** Kreuzungen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Dabei erhält der Radverkehr Priorität, um Radfahrenden eine sichere Überquerung der Fahrbahn zu ermöglichen.
- **Öffentliche Lademöglichkeiten flächendeckend:** Um zu verhindern, dass einzelne Anbieter für E-Ladesäulen im Kreis bestimmte Gegenden vereinnahmen, wollen wir städtische und vom Kreis betriebene Lademöglichkeiten fördern und planmäßig über die Fläche anordnen.
- **Ladesäulen bei Bauvorhaben einplanen:** Beim Bau neuer Gebäude sollen immer Ladesäulen vorgesehen werden. Denn Ladeinfrastruktur soll Teil des Planes ab Projektbeginn sein.
- **Lokale Batteriespeicher aufbauen:** Batteriespeicher entlasten und stabilisieren das lokale Stromnetz in Quartieren und in gewerblichen Bereichen und sollen daher eingerichtet werden.
- **Priorisierte Wegqualität für Fuß- und Radwege:** Bei der Instandhaltung und Einrichtung von Fuß- und Radwegen soll priorisiert darauf geachtet werden, dass diese in gutem, nutzbarem Zustand sind, gerade in Bezug auf einheitliche Höhe. Ruckartige Höhenunterschiede können Wege anstrengender und schlechter befahrbar machen - dieses Problem wollen wir so weit es geht ausschließen.
- **GöVB weiter vollständig auf Elektrobusse umstellen:** Die GöVB soll weiter die Busse auf Elektromobilität umstellen und keine Verbrenner mehr erwerben.

Gutes Aufwachsen in der Region

Weil Kinder und Jugendliche unsere Zukunft sind, ist es die Aufgabe der Politik, ihnen die bestmöglichen Bedingungen zum Aufwachsen, Spielen, Lernen, Entdecken und Leben bereitzustellen. Eine gerechte und gute Versorgung braucht verlässliche Begleitung, frühzeitige Förderung und Unterstützung in allen Bereichen des Systems. Deshalb stärken wir die Sozialarbeit und nutzen die Expertise gemeinnütziger Organisationen für die Förderung und Etablierung bedarfsgerechter Angebote. Unser Ziel ist, dass Kinder und ihre Familien sich unabhängig von Herkunft, Wohnort oder sozialer Lage in der Region wohlfühlen können und Unterstützung finden, wo sie gebraucht wird.

- **Sichere und kinderfreundliche Gemeinde gestalten:** Verkehrsberuhigte Zonen, sichere Fuß- und Radwege sowie modernisierte Spielplätze und Jugendzentren schaffen Freiräume und Bewegungsmöglichkeiten. Kostenfreie Schwimm- und Sportangebote sowie inklusive Freizeitflächen ermöglichen ein gutes und gesundes Aufwachsen.
- **Freizeit-, Kultur- und Sportangebote ausbauen:** Wir setzen uns dafür ein, dass Angebote für Jugendliche trotz der angespannten Haushaltslage erhalten bleiben.
- **Bildung und Betreuung für alle sichern:** Kostenlose Kita-Plätze, ganztägige Betreuung und moderne Schulen ermöglichen allen Kindern gleiche Chancen, die unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Familien sind. Frühkindliche Bildung, digitale Ausstattung und kostenfreie, gesunde Mahlzeiten in Kitas und Schulen verbessern die Lernbedingungen für alle.
- **Sozialpädagogische Betreuung gewährleisten:** Jede Schule sollte unabhängig von Schulart oder Größe mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in haben. Ein*e Schulsozialarbeiter*in sollte für maximal 150 Schüler*innen zuständig sein. Damit folgen wir einer Empfehlung der "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft".
- **Sozialpädagogische Begleitung ausweiten:** Sozialpädagogische Begleitung wird auf Kitas ausgeweitet, um frühzeitig zu unterstützen und Familien zu entlasten.
- **Gemeinnützige Organisationen einbinden:** Die systematische Einbindung dieser Organisationen bringt erprobte, evidenzbasierte Bildungs-, Förder- und Präventionsprogramme mit ein. Bei der Entscheidung über Bildungsprogramme wird neben der Expertise der Schulen auch die der verschiedenen Träger*innen und Einrichtungen eingeholt.

- **Kinder und Jugendliche mitbestimmen lassen:** Das Mitspracherecht junger Menschen möchten wir dadurch stärken, dass Gremien wie das Jugendparlament gehört werden. Wir werden aktiv und regelmäßig auf die Jugendgremien zugehen, um die Anliegen der jungen Menschen in der Kommunalpolitik gezielt zu unterstützen.
- **Schule und Kommune eng verzahnen:** Wir setzen uns für Workshops, Rathausführungen und Ausschuss-Besuche durch Jugendliche ein, um die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommunen zu intensivieren.
- **Unterstützung und Beratung:** Niedrigschwellige Beratungsstellen sollen eng verzahnt mit Schulen, Jugendzentren und Sportvereinen zusammenarbeiten, um Jugendlichen bekannt und damit zugänglich zu werden. Das Wichtige ist, dass das Personal vor Ort immer weiß, welche Hilfen zugänglich sind, wenn Kinder und Jugendliche Krisen haben - egal welcher Art.
- **Unterstützung für Familien:** Wir wollen bestehende Angebote für Schwangere auch in prekären finanziellen Umständen erhalten, auch und gerade im ländlichen Raum. Niedrigschwellige Formate wie der Familienservice mit ambulanten Beratungsangeboten und Antragshilfen müssen gerade für Menschen in schwierigen Zeiten verfügbar sein und ausgebaut werden.

Wo es schon klappt

- **Sachsen-Anhalt:** Hier zeigt das landesweite Programm „Schulerfolg sichern“, dass durch den systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit an vielen Standorten nicht nur Unterstützungsangebote erweitert, sondern auch Netzwerke zwischen Schulen, Jugendhilfe und Sozialarbeit geschaffen werden, die das Schulklima verbessern und Prävention gegen Schulabbruch leisten. Die wissenschaftliche Begleitung weist messbare Erfolge in der Schulsozialarbeit aus und betont ihren Wert für Förderung des schulischen Erfolgs.

Schule und Erwachsenenbildung

So lange wir leben, lernen wir. Und auf dem ganzen Weg sollte die Politik uns das ermöglichen: Lernen muss vereinbar mit Kindheit und Beruf, mit jedem Alter und jeder Lebenslage sein. Und das bedeutet, dass wir uns dafür einsetzen, dass Schule so gut sein muss wie möglich, aber auch, dass Lernangebote im Erwachsenenalter und für alle verfügbar sein müssen. Geflüchtete brauchen Sprachkurse, Arbeitnehmer*innen das Wissen um ihre Möglichkeiten, Studierende und Auszubildende flexible Optionen. Gute Bildung braucht auch Räume, die Lernen, Begegnung und Selbstständigkeit fördern. In Niedersachsen stehen viele Schulgebäude vor einem Sanierungsstau, Schulwege sind oft unsicher und digitale Infrastruktur uneinheitlich.

- **Associate Degree ermöglichen:** Als die Bolognareform, die Umstellung von Magister und Diplom auf Bachelor und Master, in Europa kam, wurde eine Art des Abschlusses aus dem anglophonen Raum nicht übernommen: der Associate-Degree, oft berufsbegleitend ausgelegt, bei dem man 80 ECTS in 3 Semestern erwirbt. In den Niederlanden gibt es jetzt auch Associate-Degree-Studiengänge. Wir wollen in Kooperation mit den Göttinger Hochschulen eine Vorreiterstellung einnehmen, indem wir dieses Studienformat in Göttingen ermöglichen. Das fördert lebenslanges Lernen, weniger Studienabbrüche, breitere akademische Bildung und engere Anbindung an den Arbeitsmarkt und schafft einen deutlichen Standortvorteil. Weil es das in den Niederlanden schon gibt, haben wir potenziell Anspruch auf EU-Fördermittel.
- **Informationskampagne zu Externenprüfungen:** Die Industrie- und Handelskammer bietet Arbeitenden die Möglichkeit, dass sie, wenn sie in einem solchen tätig sind, nach der anderthalbfachen Ausbildungsdauer eines bei der IHK zu prüfenden Berufs eine sogenannte Externenprüfung ablegen können, um die Ausbildung auch offiziell abgeschlossen zu haben. Beispielsweise können Mitarbeitende in Supermärkten die Prüfung zum/zur Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel ablegen, wenn sie dort 4,5 Jahre (1,5 x 3 Jahre) beschäftigt waren. Das Problem ist, dass das fast niemand weiß. Wir wollen, dass die Kommunen eine Informationskampagne in Verbindung mit der IHK umsetzen, damit diese Chance den Menschen bekannter wird.
- **Akademische und berufliche Qualifikationen von Geflüchteten besser anerkennen:** Es ist ein großes Problem für Menschen, die nach Deutschland fliehen, dass ihre bisherigen Qualifikationen nicht anerkannt werden. Wir wollen, dass die Kommunen daran arbeiten, bessere und vor allem schnellere Anerkennungen zu ermöglichen.

- **Sprachkurse wieder zugänglich machen:** Für die gesellschaftliche Teilhabe, den Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildungs- und Beratungsangeboten ist das Erlernen der Sprache grundlegend. Das Angebot in Stadt und Landkreis Göttingen soll wieder ausgebaut werden. Kostenfreie Kinderbetreuung ist unbedingt mitzuplanen.
- **Angebot von Alphabetisierungskursen ausbauen:** Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, lesen und schreiben zu lernen. Insbesondere müssen die Schulen dabei unterstützt werden, Alphabetisierungskurse für Schüler*innen zu ermöglichen, da hier oftmals Zuständigkeitskonflikte bestehen.
- **Langzeitstudiengebühren abschaffen:** Die Stadt Göttingen soll sich dafür einsetzen, dass die Langzeitstudiengebühren in Niedersachsen endlich abgeschafft werden, die es ohnehin nur noch in sehr wenigen Bundesländern gibt. Parallel arbeiten zu müssen, Angehörige zu pflegen, Kinder großzuziehen oder psychische und körperliche Erkrankungen sind gute Gründe, länger zu brauchen. Das System sollte dafür nicht länger bestrafen.
- **Schulgebäude sanieren:** Wir fordern die konsequente Sanierung und Verbesserung der Schulgebäude, insbesondere mit Blick auf die Barrierefreiheit.
- **Flexible Lernräume schaffen:** Durch Konzepte der Mehrfachnutzung werden für Projekt- und Gruppenarbeiten vorhandene Räume, Lernlabore und multifunktionale Flächen zugänglich gemacht.

Versorgung

Die Energiewende findet auch in Kommunen statt. Sie ist dezentral, erneuerbar und sozial gerecht zu gestalten. Durch die lokale Produktion, Nutzung und Speicherung können die Anwohnenden von den erneuerbaren Energien profitieren. Damit können regionale Wertschöpfung und soziale Teilhabe verknüpft werden. Wir streben eine vollständig erneuerbare Energieversorgung an, die Klima und Menschen schützt und unsere Kommunen widerstandsfähig macht.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Landkreis stehen vor großen Herausforderungen: es werden hohe Erwartungen hinsichtlich Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Tierwohl gestellt. Gleichzeitig erfordert die Klimakrise, dass die Landwirtschaft sich an die sich verändernden Bedingungen anpasst. Wir setzen uns für eine nachhaltige und zukunfts feste Landwirtschaft ein.

- **Wind- und Solarflächen ausweisen:** Dies ermöglicht es, weitere erneuerbare Leistung zuzubauen. Hiervon profitiert die Allgemeinheit in erheblichem Maße.
- **Flächen für Photovoltaik nutzen:** Bereits versiegelte Flächen sollen für PV-Anlagen genutzt werden. Dafür kommen Dächer z. B. auf öffentlichen Liegenschaften und die Überdachung von Parkplätzen in Frage.
- **Energetische Sanierungen fördern:** Unternehmen und private Haushalte werden bei Sanierungen unterstützt. So stärken wir die Energieeffizienz.
- **Energienetze und Infrastruktur modernisieren:** Die lokalen Netze werden digitalisiert und an die neuen Anforderungen der Energiewende angepasst.
- **Beratung und Informationskampagnen durchführen:** Diese unterstützen Bürger*innen bei der Umstellung der Energiesysteme.
- **Bürger*innenbeteiligung im Rahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien:** Bewohner*innen und Kommunen sollen an der Planung und Umsetzung von Bauprojekten beteiligt werden und die Möglichkeit erhalten, mitzuentcheiden und zu investieren, wodurch sie zusätzlich profitieren.
- **Landwirt*innen unterstützen:** Wir begrüßen Innovationen und Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Landwirtschaft beitragen. Dabei verringern wir unnötige bürokratische Hürden und schaffen effizientere Prozesse bei der Beantragung und

Bearbeitung von Bauanträgen.

- **Dialoge führen:** Durch eine transparente und offene Kommunikation und die Initiierung von Dialogformaten (z.B. Dorfmoderation, runde Tische) werden wir ein breiteres Verständnis zwischen Landwirtschaft, Forschungseinrichtungen und Gesellschaft erreichen - zum Beispiel zum Thema Neue Züchtungstechnologien, die dazu beitragen können, Nutzpflanzen widerstandsfähiger gegen Trockenheit, Krankheiten und Extremwetter, sprich zukunftsfest zu machen.
- **Regionale Wertschöpfung:** Wir setzen auf starke regionale Kreisläufe, die Landwirt*innen fair entlohnen und Transportwege reduzieren. Wir unterstützen Wochenmärkte, Hofläden und lokale Lieferketten gezielt. So entsteht eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich stabil ist und gleichzeitig die Gemeinschaft stärkt. Gleichzeitig können die regional gewonnenen Lebensmittel zu einer gesunden Ernährung in Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen genutzt werden.
- **Böden nachhaltig schützen:** Wir stehen für eine Bodenpolitik, die landwirtschaftliche Flächen schützt und die Versiegelung reduziert. Wir werden fruchtbare Böden langfristig sichern. Das schützt die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Wir setzen auf wissenschaftsbasierte Strategien zur Reduktion von Pflanzenschutz- und Düngemitteln zum Schutz von Böden und Gewässern.
- **Biodiversität und Lebensräume:** Zudem werden wir kommunale Kooperationen mit Landwirt*innen unterstützen, um Blühstreifen, Streuobstwiesen und artenreiche Landschaften zu erhalten. Kommunale Programme können die Biodiversität messbar steigern und Lebensräume vernetzen. So entsteht ein ökologisches Gleichgewicht, das Klima und Landwirtschaft gleichermaßen stärkt.
- **Landwirtschaft als soziale Teilhabe:** Wir unterstützen Modelle wie SoLaWi, Bürgeräcker und Urban Farming, die Landwirtschaft für alle erlebbar machen. Kommunen können Flächen bereitstellen und Initiativen unterstützen, die soziale Teilhabe stärken.
- **Verwaltungs- und Finanzhilfen:** Wir setzen auf transparente, tiergerechte Standards, daher werden wir Betriebe bei tierwohlorientierten Umbauten unterstützen.

Wo es schon klappt

Feldheim in Treuenbrietzen: Im Ortsteil Feldheim der brandenburgischen Stadt Treuenbrietzen wurde ein Gesamtkonzept für eine dezentrale regenerative Energieversorgung von Unternehmen, Privathaushalten und Kommunen verwirklicht. So wurde eine autarke Energieversorgung etabliert.

Aachen: Die Stadtverwaltung hat 2021 den "Runden Tisch Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung" ins Leben gerufen, durch den wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erarbeitet werden.

Demokratie und Europa

Demokratie lebt vom Mitmachen. Städte und Gemeinden werden stärker, gerechter und lebenswerter, wenn die Menschen vor Ort ihre Ideen und Anliegen einbringen können. Darum beteiligen wir Bürger*innen konsequent an kommunalen Entscheidungsprozessen. Für eine lebendige, offene und zukunftsgerichtete Kommunalpolitik, die Bürger*innen nicht nur anhört, sondern aktiv einbindet. Gemeinsam gestalten wir unsere Gemeinde so, wie wir darin leben wollen.

Europäische Förderprogramme sind ein unverzichtbares Instrument, um die Entwicklung unserer Kommunen voranzutreiben und zukunftsfähige Projekte zu realisieren. Sie bieten zusätzliche Finanzierungsquellen, stärken die regionale Kohäsion und verbessern die Lebensqualität der Bürger*innen. Trotz bürokratischer Hürden und der Notwendigkeit einer Kofinanzierung ermöglichen diese Programme Investitionen in entscheidende Bereiche wie Umweltschutz, Digitalisierung und soziale Inklusion.

- **Mehr Bürger*innendialog und Transparenz schaffen:** Wir werden politische Entscheidungen verständlich und nachvollziehbar gestalten. Deshalb fördern wir regelmäßige Bürger*innenversammlungen, Stadtteilkonferenzen und digitale Bürger*innendialoge.
- **Konsequente Umsetzung von Bürger*innenentscheiden:** Bürger*innenentscheide müssen durchgesetzt werden und dürfen nicht abgeschwächt oder unterlassen werden. Der in der Stadt Göttingen getroffene Radentscheid muss konsequent befolgt und möglichst schnell umgesetzt werden, denn er ist mit Ratsbeschlüssen gleichrangig.
- **Bürger*innen über Projekte mitentscheiden lassen:** Wir ermöglichen Bürger*innen-Haushalte und Bürger*innenentscheide zu wichtigen Themen. Mit einem kommunalen Beteiligungsbudget und Online-Abstimmungen schaffen wir neue Wege wie Einwohner*innen, Projekte für ihre Stadt oder ihr Viertel mitgestalten können. So entstehen Parks, Begegnungsorte und Kulturprojekte aus der Mitte der Gesellschaft. Volt steht hinter der Umsetzung des Sozialen Zentrums in der ehemaligen JVA in Göttingen, das genau so eine Idee der Bürger*innen darstellt.
- **Demokratiezentren stärken:** Wir fördern und unterstützen offene, zentrale Orte wie Beteiligungs- und Demokratiezentren, in denen Beteiligungsräte, Initiativen, Dialogformate und Begegnung zusammenfinden. Diese werden durch hybride oder digitale Beteiligungsformate ergänzt.

- **Zentrales Fördermittelmanagement:** Unsere Verwaltung braucht eine aufgabengebundene Stelle für das Einwerben von überregionalen Fördermitteln und deren Zuweisung. Diese Stelle hat zur Aufgabe, Förder- und Projektmittel von Landes-, Bundes- und EU-Seite für unsere Kommunen nutzbar zu machen.
- **Regionale Entwicklung vorantreiben:** Wir nutzen europäische Strukturfonds wie den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gezielt, um in die lokale Infrastruktur zu investieren und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von Stadt und Landkreis Göttingen zu stärken.
- **Beschäftigung und soziale Inklusion fördern:** Wir fördern mithilfe des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) Qualifizierungsmaßnahmen, welche die Integration in den Arbeitsmarkt und die Chancengleichheit fördern.
- **Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz unterstützen:** Wir unterstützen Investitionen in grüne Infrastruktur, erneuerbare Energien und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel durch europäische Programme wie den EFRE.
- **Innovation und Digitalisierung stärken:** Wir nutzen Europäische Fördermittel wie EFRE um es Stadt und Landkreis Göttingen zu ermöglichen, innovative Projekte im Bereich Digitalisierung und neue Technologien zu planen und umzusetzen.
- **Ländliche Entwicklung und Attraktivität fördern:** Wir fördern durch den Einsatz des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und Initiativen wie LEADER die Infrastruktur, Wirtschaft und Lebensqualität in ländlichen Gebieten.
- **Kulturelles Erbe und Tourismus unterstützen:** Wir erhalten das kulturelle und natürliche Erbe durch europäische Förderungen wie EFRE. So wird der Tourismus gestärkt und die regionale Identität bewahrt. Dadurch bieten sich neue Möglichkeiten für lokale Unternehmen und die Attraktivität der Gemeinde für Besucher*innen steigt.
- **Antragsrecht für Ausschussmitglieder des Jugendparlaments:** Wir wollen, dass die Mitglieder des Jugendparlaments, die beratende Funktionen in den städtischen Ausschüssen haben, dort auch das Recht erhalten, eigene Anträge zu stellen und damit noch mehr direkte Impulse aus der Jugend einzubringen.

Wo es schon klappt

Region Hannover: Die Landeshauptstadt Hannover hat erfolgreich EU-Mittel aus dem EFRE und REACT-EU für das Programm "Resiliente Innenstädte" akquiriert, um die Innenstadtentwicklung zu fördern und auf Krisenfolgen zu reagieren. Zudem profitierte

die "Zukunftsregion Hannover-Hildesheim" von EFRE-Mitteln zur Stärkung der Innovationskraft und für Kultur- und Tourismusprojekte.

Ostfriesland: Die "Zukunftsregion Ostfriesland" nutzt EU-Fördermittel für die Entwicklung eines "Modularen Innovations-Netzwerks" (MOIN), das digitale Lösungen für Dienstleistungen, Mobilität und Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum vorantreibt. Auch LEADER-Regionen wie die "LAG Mittleres Ostfriesland" setzen EU-Mittel für die ländliche Entwicklung ein, beispielsweise für Projekte wie den "Dorfgarten an der Mühle".

Braunschweig: Die Stadt Braunschweig hat EFRE-Mittel für das "EU-Förderprogramm Westbahnhof" eingesetzt, um das Umfeld des ehemaligen Westbahnhofs zu revitalisieren. Dadurch wurde die Infrastruktur verbessert und Grün- und Erholungsflächen sowie soziale Einrichtungen wie Jugendplätze und Mehrgenerationenparks geschaffen.

Aachen: Beim Vorreiter als einem der ersten dauerhaft etablierten Bürger*innenräte auf kommunaler Ebene in Deutschland beraten zufällig geloste Bürger*innen über Themen, die von der Bevölkerung vorgeschlagen werden, und erarbeiten Empfehlungen, die in politische Prozesse einfließen.

Madrid, Spanien: Das öffentliche Bürgerlabor "Medialab Matadero" ist Treffpunkt für gemeinschaftliche Entwicklung offener Kulturprojekte mit Demokratie und Bürgerbeteiligung als zentrale Pfeiler. Im Labor für demokratische Innovation werden Prototypen für eine bessere Bürgerbeteiligung sowie Projekte zur Erhöhung der Transparenz staatlichen Handelns entwickelt und daran gearbeitet, marginalisierte Gruppen in politische Prozesse einzubeziehen und eine bürgerschaftliche Lernkultur zu schaffen.

Reykjavík, Island: „Better Reykjavík“ ist eine Online-Plattform, auf der Bürger*innen Vorschläge machen und über städtische Projekte abstimmen können.

Warschau, Polen: Warschau stellt ein Bürger*innenbudget zur Verfügung, mit dem inzwischen mehr als 4500 Ideen umgesetzt wurden.

Lebenswerte Dörfer und Viertel

In unserer Gesellschaft entscheidet die Gestaltung unserer Städte und Kommunen darüber, ob und wie Teilhabe, Selbstständigkeit und Entfaltung möglich sind. Barrierearme Wege, gut erreichbare Dienstleistungen und sichere öffentliche Räume kommen allen Menschen zugute und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Wir wollen die Dörfer und Viertel im Landkreis als Orte nicht nur zum Wohnen und Pendeln, sondern zum Leben und Gestalten für alle nutzbar machen.

- **Öffentliche kostenlose Toiletten:** Wir wollen kostenlose, öffentliche Toiletten für alle. Damit verhindern wir öffentliches Urinieren, zwingen Obdachlose nicht zum zusätzlichen Bezahlen für Grundbedürfnisse und unterbinden visuelle und Geruchsbelästigung an öffentlichen Orten.
- **Dorfgemeinschaft stärken:** Wir schaffen/stärken gemeinsame Treffpunkte als Anlaufpunkt für Kontakte, die zu Austausch und Gemeinsamkeit für jedes Alter einladen.
- **Community Gardens aufbauen:** Wir stellen kommunale Flächen bereit, um auf ihnen Community Gardens als generationsübergreifende Lern- und Begegnungsorte einzurichten.
- **Fußgängerzonen in Innenstädten erhalten und durchsetzen:** Je weniger Fahrzeuge in Innenstädten fahren oder parken, desto mehr Platz entsteht für Fußgänger*innen und lokale Gewerbetreibende. Zudem werden Abgasemissionen vermieden und Menschen haben mehr Begegnungsmöglichkeiten. Um diese Aufenthaltsorte zu erhalten, wollen wir konsequent dafür sorgen, dass bestehende Fahrverbote eingehalten werden.
- **Sichere Orte für alle Generationen:** Wir wollen in allen Vierteln und Gemeinden sichere Aufenthaltsorte für alle Generationen schaffen, wo sie durch Verkehrsberuhigung nicht den Gefahren des motorisierten Individualverkehrs ausgesetzt sind, Schattenplätze vorfinden und sitzen, spielen und gemeinsam Zeit verbringen können.
- **“15-Minuten-Stadt” umsetzen:** Alle wichtigen Orte in Kommunen wie Wohnung, Arbeit, Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Einrichtungen sollten innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder per Rad erreichbar sein.
- **Parks und Grünflächen erhalten:** Diese dienen als Naherholungsgebiete für die Bevölkerung. Nachhaltige und mehrjährige Baumbepflanzung,

Blühstreifen und Gärten verbessern die Luftqualität, sind Gestaltungsorte und schützen die Umwelt und das Klima, während sie zugleich zum Wohlfühl und dem schönen Aussehen der Umgebung beitragen.

- **Quartiersmanagement:** Quartiersmanagements bündeln soziale, pflegerische und medizinische Angebote vor Ort und schaffen Begegnungsräume. Wir sehen sie daher als Ansprechpartner, um die Bedarfe in den Quartieren zu ermitteln und dann bedarfsgerecht zu unterstützen. Es ist eine starke Möglichkeit, dabei noch mehr Angebote zu bündeln und erreichbar zu machen, während die einzelnen Quartiere ihren Charakter behalten und eigene Interessen mitgestalten können.
- **Gremienbeschlüsse weiterhin auf Barrieren prüfen:** Beschlüsse sollen grundsätzlich auf ihre Auswirkungen auf Barrierefreiheit geprüft werden, insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben sowie bei der Verkehrs- und Infrastrukturplanung.
- **Orte für Jugendliche:** Junge Menschen erleben aus vielen Gründen eine erhebliche Isolation. Daher wollen wir Vereine und Jugendzentren unterstützen, die Aufenthalts- und Begegnungsorte für Jugendliche schaffen, sie aber auch konsequent in der öffentlichen Raumplanung mitdenken.
- **Kühle Orte zugänglich machen:** Öffentliche, klimatisierte Räume sollen vor allem älteren, gesundheitlich angeschlagenen Menschen, Kindern sowie Obdachlosen die Möglichkeit geben, der Sommerhitze zu entfliehen und damit das Gesundheitssystem zu entlasten.
- **Legale Graffiti-Flächen:** Graffiti ist Teil von Kunst und Kultur. Es braucht mehr Orte, an denen Menschen ohne Angst vor Strafverfolgung Zeichen setzen und künstlerisch tätig werden können. Insbesondere an grauen Betonwänden können Graffiti-Künstler*innen die Stadt auch im Rahmen von gemeinschaftlichen Projekten verschönern.
- **Trinkwasser zugänglich machen:** An viel frequentierten Orten sollen Trinkwasserbrunnen installiert und regelmäßig gepflegt werden. Zusätzlich können sich öffentliche Einrichtungen und Einzelhändler*innen in die Smart-City-App eintragen lassen, wenn bei ihnen Trinkflaschen wieder aufgefüllt werden können.

Wo es schon klappt

Community Gardens als Bildungs- und Begegnungsorte: In Kanada und Europa zeigen Community-Garden-Modelle, wie gemeinschaftlich genutzte Grünflächen zu

inklusive Lernorten werden. Kinder, Jugendliche und Erwachsene setzen sich hier praxisnah mit Themen wie Nachhaltigkeit, Ernährung und Zusammenarbeit auseinander. Die Projekte sind niedrighschwellig, lokal verankert und stärken sozialen Zusammenhalt über Generationen hinweg.

Weimar: In Weimar wurde bereits durch eine kompakte Bebauung der Stadt und die gute Verzahnung der öffentlichen Verkehrsmittel eine gute Verkehrsinfrastruktur eingerichtet. Außerdem sind alle wichtigen Orte des täglichen Bedarfs innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad zu erreichen.